



Beschlussvorlage ÖGB- Landeskonferenz 2022

Leitantrag ÖGB Tirol

Ein gutes Leben für Alle in Tirol.

Inhalt

1.	Einleitung und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen in Tirol.....	3
2.	Qualitativ hochwertige und gut bezahlte Jobs.....	4
2.1.	Neue Berufsfelder für ein besseres Leben.....	4
2.2.	Beschäftigungsinitiativen für eine bessere Zukunft.....	4
2.3.	Höherqualifizierung für ein besseres Leben.....	5
2.4.	Arbeit 4.0 als Chance für den Standort.....	6
3.	Wirtschaft für die Menschen in Tirol.....	7
3.1.	Kaufkraft und Wirtschaftsstandort Tirol stärken.....	7
3.2.	Faire Arbeitsnormen im Wirkungsbereich des Landes Tirol.....	7
3.3.	Stärkung der Gemeinde-Infrastruktur.....	8
3.4.	Faire Vergaben für eine gute Wirtschaft.....	8
3.5.	Industrie.....	9
4.	Altern in Würde - dank sicherer Pensionen.....	10
5.	Soziales und Armutsbekämpfung für ein gutes Tirol.....	10
5.1.	Ausbau der Mindestsicherung.....	11
5.2.	Armutsbekämpfung in Tirol: Zugang und Hilfestellung.....	11
5.3.	Massive Aufstockung im Bereich der sozialen Infrastruktur.....	12
6.	Tirol muss Vorreiterrolle bei der Kinderbetreuung einnehmen.....	12
7.	Gleichstellung für ein gutes Leben aller TirolerInnen.....	13
7.1.	Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz.....	13
7.2.	Maßnahmen für Gewaltprävention und Opferschutz.....	13
7.3.	Integration von Menschen mit Migrationsbiografie am Arbeitsplatz.....	13
7.4.	Steigerung der Inklusion des Tiroler Arbeitsmarktes.....	14
8.	Jugendmaßnahmen sind Zukunftsmaßnahmen.....	14
8.1.	Aufwertung der Lehre.....	15
8.2.	Der Übergang zwischen Schule und Beruf.....	15
9.	Ein gutes Leben heißt ein gesundes Leben.....	16
10.	Pflege in Tirol.....	16
11.	Mobilität zukunftsfit gestalten.....	17
12.	Wohnen ist ein Menschenrecht.....	18
13.	Krisenvorsorge für Tirol.....	18

1. Einleitung und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen in Tirol

Die Coronakrise hat in den vergangenen Jahren auch die wirtschaftliche Lage in Tirol verschärft. War bisher der Tourismus jener Bereich, der in vergangenen Krisen als Konstante galt, hat die Gesundheitskrise besonders diesen Bereich vor große Herausforderungen gestellt. Die Landespolitik muss in Hinblick auf den Tiroler Arbeitsmarkt fit für die Zukunft sein. Dazu zählt die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Stabilität, vorausschauende Strategien bei Gesundheits- und Wirtschaftskrisen, die zukunftsorientierte Aufstellung im Pflegebereich und vieles mehr.

Schon vor der Krise, seit dem Jahr 2016, haben sich die Tiroler Wirtschafts- und SozialpartnerInnen brennenden Fragen im Bereich des Tiroler Arbeits- und Lebensraums, dem Thema leistbares Wohnen und der Beschäftigung gewidmet, diese weiterentwickelt und den gegebenen Umständen angepasst. Einige der Forderungen wurden bereits umgesetzt, andere warten noch auf ihre Realisierung.

Neben den bundespolitischen Forderungen wird der ÖGB Tirol besonders die regional relevanten politischen Forderungen im Leitantrag in den Fokus rücken. Der ÖGB handelt dabei als überparteiliche Interessensvertretung unselbstständiger Erwerbstätiger im Sinne seiner Mitglieder, stellt Forderungen und setzt diese auch im Rahmen einer funktionierenden SozialpartnerInnenschaft durch. Der ÖGB und seine Gewerkschaften vertreten die Interessen aller Tiroler ArbeitnehmerInnen gegenüber ArbeitgeberInnen, Staat und Parteien. Auch im Ruhestand gibt es wichtige Anliegen, für die eine starke Interessensvertretung notwendig ist. Die PensionistInnenabteilung vertritt in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Mitglieder, die in Pension sind.

Wir arbeiten mit aller Kraft dafür, dass alle Menschen auf soziale Sicherheit vertrauen können, dass der vorhandene Wohlstand gerecht verteilt wird und dass alle Menschen - alt oder jung, Männer oder Frauen, beschäftigt oder arbeitslos, krank oder gesund, in Österreich geboren oder nicht - die gleichen Chancen haben. Wir wenden uns kompromisslos gegen jede Art von Diskriminierung, Rassismus, Faschismus und Diktatur.

Die jährlichen Kollektivvertrags-Verhandlungen bilden eine Kernaufgabe der Gewerkschaft. Jedes Jahr verhandeln BranchenvertreterInnen auf SozialpartnerInnen-Ebene neue Rahmenbedingungen für eine bessere Arbeitswelt, sorgen für kontinuierlich steigende Einkommen und sichern wichtige Errungenschaften wie das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld ab. Die Kollektivvertragsabdeckung von 98 Prozent ist weltweit absolut einzigartig und unterstreicht das Erfolgsrezept SozialpartnerInnenschaft.

2. Qualitativ hochwertige und gut bezahlte Jobs

Um den Arbeitsmarkt umfassend zu beurteilen, sind auch Maßnahmen, die „über den Tellerrand hinaus“ blicken, notwendig. Der Wert der Arbeit und der Branchenmix müssen neu definiert und verbessert werden. Dass eine Arbeitszeitverkürzung Beschäftigung sichert, wurde bereits durch mehrere Studien und Beispiele aus anderen Ländern bestätigt. Auch die Chancen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, müssen stärker in den Fokus rücken – in zukunftsorientierten Bereichen und nicht nur im Tourismus.

Wenn es zu Wirtschaftskrisen kommt, sind insbesondere Frauen überproportional in Form von Arbeitsplatzverlusten betroffen. Um in Zukunft besser für solche Situationen gerüstet zu sein, braucht es nachhaltige Maßnahmen, die Jobverluste und Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden und Tirol gleichzeitig fit für Veränderungen machen, in denen sich unser Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung befindet.

Der ÖGB Tirol hat im Zuge von SozialpartnerInnentreffen mehrfach nachhaltige Lösungsvorschläge unterbreitet, welche bis dato noch nicht umgesetzt wurden.

2.1. Neue Berufsfelder für ein besseres Leben

Blickt man auf das Einkommen der Tiroler ArbeitnehmerInnen, bilden sie im Bundesländervergleich mit überdurchschnittlich vielen schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen das Schlusslicht. Der Anteil der Beschäftigten in Niedriglohn-Branchen ist in Relation sehr hoch. Es braucht zukünftig ein Umdenken für den Standort Tirol, hin zu einem zukunftsorientierten und für Investitionen interessanten Arbeitsmarkt.

Der ÖGB Tirol fordert von der Tiroler Landesregierung unter Einbindung aller SozialpartnerInnen:

- Gemeinsam mit den zuständigen Gemeinden Maßnahmen und Standortentwicklungen für von Arbeitslosigkeit betroffene Bezirke mit Blick auf die Zukunft zu erarbeiten. Ziel ist es, ein Förderpaket zu verabschieden, welches ganzjährige Vollzeit-Arbeitsplätze abseits des Tourismus etabliert und zielgerichtete Bildungsangebote beinhaltet, zum Beispiel im Gemeindedienst
- Personaloffensive im öffentlichen Dienst aufgrund der zahlreichen anstehenden Pensionierungen
- Gemeinsam mit dem AMS Tirol, dem Sozialministeriums-Service und anderen SystempartnerInnen aus diesem Bereich ein starkes, neu aufgesetztes regionales Bündnis für Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Weiterbildung. Das Ziel ist, jährlich konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, die eine höhere Qualifikation und berufliche Weiterbildung ermöglichen
- Weiterentwicklung des Dienstrechts der Landes- und Gemeindebediensteten
- Aufstockung des Arbeitsinspektorats in Tirol um mindestens fünf Planstellen
- Einberufung einer Enquete zur Neugestaltung eines gesunden Branchenmix in Kooperation mit der Standortagentur Tirol

2.2. Beschäftigungsinitiativen für eine bessere Zukunft

Tirol ist geprägt von einer hohen saisonalen Beschäftigung. In Summe sind mehr als 2.500 TirolerInnen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Um ein gutes Leben für diese zu gewährleisten, braucht es regionale Beschäftigungsinitiativen und mehr Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Eine Aktion 2.000, um Betroffenen eine neue Perspektive zu geben. Dieses gemeindenahere Beschäftigungsprogramm soll das gemeinsam mit Bund und AMS aufgesetzte Beschäftigungsprogramm ergänzen. Besonders die 277 Tiroler Gemeinden können TrägerInnen einer solchen Beschäftigungsinitiative sein, die langzeitarbeitslosen Menschen einen Weg zurück ins Arbeitsleben ermöglichen, etwa im Bereich der Gemeindewohnungen bzw. gemeinnützigen Wohnanlagen, Kinderbetreuungs-einrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Schulen, Vereinen u.v.m.
- Ausbau der Co-Finanzierung von AMS-Projekten und verstärkte Zuarbeit durch die Arbeitsmarktgesellschaft und damit verbunden eine Entlastung für das AMS
- Förderung von niederschweligen Beratungsprojekten (z. B. BORA - Beratung, Offener Raum, Aktivierung), die Langzeitarbeitslose bzw. Personen mit einem erhöhten Betreuungsbedarf in Beschäftigung bringen und Ausrollung auf den gesamten Tiroler Raum

2.3. Höherqualifizierung für ein besseres Leben

TirolerInnen mit einem geringeren Bildungsgrad sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als jene mit höherer Qualifizierung. Während der Pandemie haben besonders Frauen bzw. MigrantInnen ihren Arbeitsplatz verloren. Die Wirtschaft spricht oftmals von einem Fachkräftemangel, obwohl gleichzeitig mit immer geringerem Engagement Lehrlinge und damit künftige Fachkräfte ausgebildet werden. Daher müssen vom Land Tirol, unabhängig vom Bund, Maßnahmen zur Ausbildung von Fachkräften in Abstimmung mit den Tiroler SozialpartnerInnen und dem AMS Tirol in die Wege geleitet werden.

In Tirol arbeiten rund 100.000 Beschäftigte in Teilzeit, 85.000 davon sind Frauen. Es braucht zielorientierte Maßnahmen, die sich an den Lebensrealitäten der Betroffenen orientieren.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Regionalisierung und Digitalisierung der Aus- und Weiterbildungsangebote. Zudem soll sich das Land Tirol auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass solche Angebote auch tatsächlich angenommen werden können
- Kursangebote, welche an die Bedürfnisse jener Gruppen angepasst werden, die derzeit von Bildungsangeboten nicht erreicht werden bzw. die aufgrund unterschiedlicher Umstände (z. B. Kindererziehung) derzeit Angebote nicht in Anspruch nehmen können
- Tiroler Maßnahmen zum Ausbau der Lehrlingsausbildung in Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Den Ausbau niederschwelliger Angebote, um Bildungsabschlüsse nachholen zu können (z. B. wie der Mittelschulkurs des BFI)
- Verstärkte Bewusstseinsbildung zur Möglichkeit der verlängerten Lehre
- Den Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote für Saisonkräfte
- Forcierung und Bereitstellung von weiteren Mitteln für zusätzliche Stiftungsplätze, die eine Nettoersatzrate von 80 Prozent gewährleisten, damit eine Höherqualifizierung nicht an finanziellen Gründen scheitert
- Den Ausbau der Fördermöglichkeiten für berufsbegleitende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen speziell für Teilzeitkräfte unter Einbindung des BIZ (Berufsinformationszentrum) des AMS

- Monatlicher runder Tisch mit der Arbeitsmarktgesellschaft, den SozialpartnerInnen und dem AMS, ob Stiftungsplätze ausreichend sind

2.4. Arbeit 4.0 als Chance für den Standort

Der Arbeitsmarkt befindet sich im steten Wandel, Veränderungen wie die fortschreitende Digitalisierung, der Übergang zur Informationsökonomie bei einer immer älter werdenden Bevölkerung bringen für den Tiroler Arbeitsmarkt Risiken, jedoch auch gleichzeitig große Chancen. Damit diese Veränderungen aber auch als Chancen wahrgenommen werden, braucht es begleitende Maßnahmen unter stetiger Einbindung der Interessen der Tiroler ArbeitnehmerInnen. Homeoffice als neue Arbeitsweise ist auf dem Vormarsch. In jedem Fall ist dabei auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu achten und dafür Sorge zu tragen, dass die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben nicht zusehends verschwimmen.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Eine Digitalisierungsoffensive in Form von Förderungen des Landes Tirol für Gemeinden und Unternehmen, mit der die digitale Transformation dazu genützt werden kann, um zum Vorreiter für Digitalisierung in Österreich zu werden
- Die gezielte Forschung nach Anwendungsgebieten für neue Technologien im Zusammenhang mit Digitalisierung, um das Land Tirol so als Vorreiter und attraktiven Standort zu etablieren
- Eine Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten für die Tiroler ArbeitnehmerInnen, um so das lebenslange Lernen zu fördern
- Der demografische Wandel soll als Chance für den Arbeitsmarkt erkannt und gesundheitsfördernde Maßnahmen in den Vordergrund gerückt werden – Arbeit darf nicht krank machen
- Das Land Tirol muss sich dafür einsetzen, dass der Arbeitsplatz nicht zur Gänze auf Homeoffice verlagert wird (es sei denn, dies geschieht auf ausdrücklichen Wunsch der ArbeitnehmerInnen)
- Trotz des Breitband-Masterplans des Landes Tirol ist die flächendeckende Versorgung in den meisten Tiroler Gemeinden noch nicht umgesetzt. Daher müssen die Bemühungen deutlich intensiviert werden

3. Wirtschaft für die Menschen in Tirol

Die Politik ist gefordert, die Konjunktur – unabhängig von der globalen Entwicklung – nachhaltig und vorausschauend zu stärken. Der Fokus liegt daher auf der regionalen Konjunktur in Form von guten Löhnen und leistbaren Alltagsausgaben, der regionalen Beschäftigung und der Etablierung des Standortes Tirol. Ein funktionierender Wirtschaftskreislauf braucht neben funktionierenden Betrieben auch eine Stärkung der Kaufkraft. Gleichzeitig sollte ein Fokus auf die Stärkung der heimischen Industrie und Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen gelegt werden, als Beitrag zu einer vielfältigen Tiroler Wirtschaft. So kann das Land Tirol einen Anteil zur Erhaltung der Wertschöpfung beitragen.

3.1. Kaufkraft und Wirtschaftsstandort Tirol stärken – für ein gutes Leben für Alle in Tirol

Das Bundesland Tirol findet sich regelmäßig am unteren Ende des Einkommensrankings, dem gegenüber stehen die bundesweit höchsten Lebenserhaltungskosten. Konsum ist Wirtschaftsmotor Nummer 1, daher fordert der ÖGB Tirol die regionalen VerhandlungspartnerInnen auf, unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten in die Lohnverhandlungen zu gehen.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Eine Anpassung der Entlohnungsschemata im Gemeinde- und Landesdienst sowie aller weiteren Kollektivverträge, welche in Einrichtungen, die ausschließlich durch die öffentliche Hand finanziert werden, zur Anwendung kommen, da diese im Spannungsfeld mit der Privatwirtschaft teilweise nicht mehr konkurrenzfähig sind. Damit kann das Land Tirol auch seiner Vorbildwirkung nachkommen
- Vom Land Tirol, die unbezahlte Care-Arbeit und Freiwilligenarbeit (bezahltes soziales Jahr) finanziell abzusichern
- Ausbau der Standortagentur mit regelmäßiger externer Evaluierung durch SozialpartnerInnen

3.2. Faire Arbeitsnormen im Wirkungsbereich des Landes Tirol

Das Land Tirol muss im Rahmen seiner rechtlichen Handlungsmöglichkeiten die Bemühungen deutlich intensivieren. Das betrifft insbesondere die Schaffung von Sozialkriterien, die immer dann einzuhalten sind, wenn Förderungen vergeben oder Genehmigungen erteilt werden.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Keine Genehmigung von Shopping-Nights ohne Zustimmung aller SozialpartnerInnen und Einhaltung geltender Bestimmungen
- Flächendeckende Umsetzung von Fair Pay zum Beispiel im Kunst- und Kulturbereich
- Verankerung von Sozialkriterien im Zusammenhang mit Vergaben von Förderungen

3.3. Stärkung der Gemeinde-Infrastruktur

Die Arbeit und Verantwortung im Gemeindebereich ist vielfältig und birgt in den 277 Gemeinden auch Potenzial für neue Arbeitsplätze. Eine zu schaffende Ombuds- bzw. Beratungsstelle kann Arbeitsfelder in der jeweiligen Gemeinde bestmöglich evaluieren und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen. Immer mehr Gemeinden lagern Tätigkeiten aus (sowohl im Bereich der Kinderbetreuung, aber auch in der Pflege oder bei Tätigkeiten des Bauhofs). So können die Gemeinden attraktive ArbeitgeberInnen in der Region sein.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Den Ausbau von Daseinsvorsorge. Aufstockung der finanziellen Mittel für die Gemeinden, um mit geeignetem Personal die geforderten Aufgaben zu erfüllen
- Anpassung und Verbesserung des Dienst- bzw. Personalvertretungsrechts
- Die Erstellung eines Konzepts zur Ortskernbelebung, das mit und für die Gemeinden erarbeitet wird, um damit einen wichtigen Beitrag zur Regionalisierung der Arbeit zu leisten
- Kein Abverkauf von öffentlichem Tiroler Eigentum, beziehungsweise weiteren Privatisierungen

3.4. Faire Vergaben für eine gute Wirtschaft

Das Vergaberecht nimmt einen wichtigen Stellenwert für öffentliche AuftraggeberInnen, also für das Land Tirol, aber auch für Gemeinden ein. Neben den Preis- und Qualitätskriterien müssen vor allem Sozialkriterien wie Entlohnung und Arbeitsbedingungen einen noch höheren Stellenwert haben. Während mittlerweile der Umweltgedanke bei Vergaben stärker berücksichtigt wird, besteht noch einiges an Spielraum, um auch im Bereich des Arbeitsrechts entsprechende Akzente zu setzen. Es geht darum, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an der nächsten Schraube im Kampf für gute Arbeitsbedingungen und gegen Lohn- und Sozialdumping zu drehen: Best- statt Billigstbieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss verpflichtend werden.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Einbindung der SozialpartnerInnen in die Erstellung von Musterkriterien zu öffentlichen Ausschreibungen
- Ausweitung des Bestbieterprinzips und Verankerung der Kriterien: Die drei Kriterien (1) Preis, (2) Qualitäts- und (3) Sozialkriterien sollten in etwa gleichberechtigt zueinander gewichtet sein und vor allem Sozialkriterien verstärkt berücksichtigen. Als Sozialkriterien sind Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten sowie Sozialleistungen anzusehen, die über das gesetzliche oder kollektivvertragliche Mindestmaß hinausgehen, wie beispielsweise die Installierung beziehungsweise der Bestand einer Betriebsratskörperschaft oder die Ausbildung von Lehrlingen
- Einräumung von Parteirechten beziehungsweise Verbandsbeschwerderechten für Interessensvertretungen zur Überwachung des Vergaberechts
- Offenlegungspflichten von Vergaben ausdehnen

3.5. Industrie

Mit der Diversifizierung der Wirtschaft in Tirol muss auch die gezielte Stärkung der Industrie einhergehen. Tirol ist nicht nur ein Tourismus-, sondern auch ein Industrie- und Gewerbeland. Was es jetzt braucht, ist ein klares Bekenntnis dazu in Form von Maßnahmen, die Tirol in diesem so wichtigen Bereich weiterbringen. Handlungsfelder dafür sind die Digitalisierung sowie die Nachhaltigkeit, wo Tirol vor großen Herausforderungen stehen und auf die reagiert werden muss. Klar ist aber auch, dass mit innovativen Ansätzen in diesen beiden Bereichen alle davon profitieren, wenn die Tiroler Industrie nach vorne gebracht wird.

Gesetzt werden kann dabei auf das hohe Spezialwissen der Tiroler ArbeitnehmerInnen und die vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Diese gilt es weiter zu fördern und auszubauen, damit diese Stärke der Tiroler Industrie nicht verloren geht.

Digitale Kompetenzen müssen zu einem integralen Bestandteil der Bildung werden – von der Basisbildung über die spezifische Berufsbildung bis hin zur betrieblichen Weiterbildung.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Die Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungsmaßnahmen
- Verstärkte Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen zur Steigerung digitaler Kompetenzen und dem Aneignen von spezifischen, für den Unternehmensbereich wichtigen Fachwissen
- Das Land Tirol soll sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass BetriebsrätInnen bei der Planung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien im Unternehmen eingebunden werden
- Im Bereich der Privatrechtsverwaltung des Landes Tirol dürfen Förderungen für Unternehmen nur dann ausgezahlt werden, wenn (analog der Kurzarbeit) in Betrieben mit Betriebsrat dieser den Maßnahmen zustimmt
- Das Land Tirol soll Unternehmen finanziell bei der Umstellung auf eine energie- und ausstoßarme Produktion unterstützen
- Die Gewinne, die durch die höhere Produktivität entstehen, müssen fair verteilt werden – dies ist neben Lohn- und Gehaltserhöhung auch in Form von kürzeren Arbeitszeiten umzusetzen.
- Die Schaffung von Rahmenbedingungen in Bezug auf berufliche Weiterbildung, Qualifikations- und Kompetenzschulung, um den Veränderungen durch die zunehmende Digitalisierung gerecht zu werden, auch während der Arbeitszeit und mit der Möglichkeit einer Kinderbetreuung
- Der Mensch und die Qualität der Arbeit müssen weiterhin im Mittelpunkt stehen. Daher braucht es gelebte betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Diese muss adaptiert und in einigen Bereichen (z. B. wirtschaftliche Mitbestimmung) gestärkt werden
- Durch den Fortschritt in der Automatisierung und vor allen Dingen der Digitalisierung wird es zu größeren Umbrüchen in der Arbeitswelt kommen. Kann dadurch menschliche Arbeitsleistung reduziert werden, so steht dieser Produktivitätsgewinn der Belegschaft zu – z. B. in Form von höherer Bezahlung oder Arbeitszeitreduktion

4. Altern in Würde - dank sicherer Pensionen

Oft wird behauptet, dass Pensionen der ArbeitnehmerInnen nicht sicher wären. Vor allem die Ausgaben des Bundes sollen angeblich mit der Überalterung der Bevölkerung stark ansteigen. Einem Faktencheck hält dieses moderne Märchen jedoch nicht stand. Laut dem EU-Alterungs-Report 2021 wird der Anteil der Pensionsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um einen halben Prozentpunkt von 13,8 Prozent (2013) auf 14,3 Prozent (2070) steigen – trotz des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung. Damit können auch sämtliche Empfehlungen wie eine weitere Anhebung des Pensionsalters ins Reich der Fabeln verwiesen werden, denn: Das österreichische Pensionssystem ist sicher und 45 Jahre Arbeit sind genug. Zudem wurden in den vergangenen Jahren bereits viele Maßnahmen gesetzt, die dazu geführt haben, dass die Menschen heute faktisch später in Pension gehen als noch vor einigen Jahren. Beschlossen wurde, dass das Frauenpensionsalter ab dem Geburtsdatum 2.12.1963 schrittweise an jenes der Männer angeglichen wird. Frauen, die davor geboren sind, vertrauen somit aufgrund früherer Bestimmungen darauf, dass sie noch früher in Pension gehen können. Daher lehnt der ÖGB eine vorzeitige Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer ab.

Ein gutes Pensionssystem hat die Aufgabe, den Lebensstandard auch im Alter zu gewährleisten. Das ist nur durch die Aufrechterhaltung öffentlicher Pensionssysteme, die auf dem Umlageverfahren beruhen, möglich. Während die ArbeitnehmerInnen ihre Pensionen zum allergrößten Teil selbst durch entsprechende Beiträge zahlen (87 Prozent, das bedeutet 13 Prozent in Form von Zuschüssen), werden bei den Selbständigen mehr als die Hälfte (50,9 Prozent) und bei den Bauern/Bäuerinnen mehr als drei Viertel (76,9 Prozent) durch den Bundesbeitrag und somit aus Steuermitteln abgedeckt. Mit anderen Worten: Vor allem LandwirtInnen und Selbständige profitieren in großem Ausmaß vom Bundesbeitrag, während ArbeitnehmerInnen ihre Pensionen weitgehend selbst finanzieren.

Der ÖGB Tirol fordert vom Land Tirol:

- Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesmittel weiterhin zur Sicherung der Pensionen eingesetzt werden
- Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass 45 Beitragsjahre genug sind und ArbeitnehmerInnen abschlagsfrei in Pension gehen können
- Sich auf Bundesebene für die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten einzusetzen

5. Soziales und Armutsbekämpfung für ein gutes Tirol

Armut ist seit mehreren Jahren Themenschwerpunkt von ÖGB und AK. Auch das Land widmet sich im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) der zunehmenden Armutsgefährdung der Tiroler Bevölkerung. Schätzungen zufolge sind knapp 100.000 TirolerInnen von Armut betroffen, beinahe jedes fünfte Kind. Es besteht ein umfassendes Angebot an Sozialleistungen in Tirol, welches allerdings unübersichtlich und schwer zugänglich ist. Die hohen Lebenshaltungskosten tragen zudem wesentlich zur Verbreitung der Armut in Tirol bei. Die Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die wie der Name schon sagt, das Mindeste sichern soll, wurden in den vergangenen Jahren verschlechtert. Letztlich hat sich auch das Land Tirol den Parolen jener gefügt, die dieses Instrument – zumindest für „AusländerInnen“ – beschneiden wollen: zum Nachteil aller.

5.1. Ausbau der Mindestsicherung

Durch die Auswirkungen der Krise wird der Bedarf an Transferleistungen steigen. Das Ausmaß der Mindestsicherung reicht jedoch nicht aus, die Lebenshaltungskosten zu begleichen.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Es benötigt eine Erhöhung der Mindestsicherung und des Wohnungskostenzuschusses auf einen Betrag, der über der Armutsgrenze liegt, beziehungsweise den realen Wohnkosten in Tirol entspricht
- Einen barrierefreien Zugang zur Tiroler Mindestsicherung
- Generelle Aussetzung des Zugriffes auf das Ersparte im Sinne des § 15 Abs 1 Tiroler Mindestsicherungsgesetzes
- Besonders für Menschen mit Behinderung wurde in der Vergangenheit der Anspruch auf Mindestsicherung zum negativen verändert, was im Begutachtungsverfahren durch den ÖGB Tirol bereits kritisiert wurde. Der Landesgesetzgeber muss sicherstellen, dass die Verschlechterungen wieder rückgängig gemacht werden

5.2. Armutsbekämpfung in Tirol: Zugang und Hilfestellung

Das Land Tirol hat einige Aufgaben im Sozialbereich Vereinen überantwortet. Zwischenzeitlich gibt es unterschiedlichste Angebote, die jedoch von Außenstehenden kaum überblickt werden. Zudem fehlt eine Übersicht zu den bestehenden Fördersystemen. Erschreckend ist die Tatsache, dass jedes fünfte Kind in Österreich von Armut betroffen ist.

Darüber hinaus bestehen einige Barrieren bei der Inanspruchnahme dieser Leistungen. Diese gilt es abzubauen.

Der ÖGB Tirol fordert von der Tiroler Landesregierung:

- Ihrer sozialen Verantwortung durch Sicherstellung der Versorgung im Sozialbereich nachzukommen und durch eine Koordinationsstelle eine allfällige Über-, vor allen Dingen jedoch eine Unterversorgung auszuschließen
- Ausfinanzierung von systemrelevanten Sozialvereinen in Tirol, insbesondere in den kommenden Jahren. Dazu zählen unter anderem die Delogierungsprävention, die Gewaltprävention oder die Schuldnerberatung
- Die Kinderarmut in Tirol zu evaluieren und darauf aufbauend im Rahmen von Maßnahmen und Schwerpunkten deren Ursache zu bekämpfen
- Den Sozialratgeber Tirol, der sämtliche Sozialleistungen in Tirol zusammenfasst und übersichtlich über die vorhandenen Hilfs- und Beratungsangebote sowie Unterstützungsmöglichkeiten für in Not geratene Menschen informiert, weiterentwickeln und barrierefrei zugänglich machen
- Unterstützung beim Ausfüllen der Formulare oder bei Behördengängen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Unterlagen verständlich und in „Leichter Lesen“ angeboten werden. Zentrale Anlaufstellen beziehungsweise Digitalisierungsstellen sollen in der Landesverwaltung, insbesondere den Bezirkshauptmannschaften, angesiedelt werden, um AntragstellerInnen bei der Abgabe von Anträgen zu unterstützen
- Schaffung eines zentralen Pools von DolmetscherInnen für verschiedene Sprachen (auch Gebärdensprache)

5.3. Massive Aufstockung im Bereich der sozialen Infrastruktur

Neben den Baumaßnahmen braucht es für Tirol besonders in Hinblick auf die Zukunft einen großzügigen Ausbau der sozialen Infrastruktur, um für Entwicklungen der Bevölkerung und des Arbeitsmarktes sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerüstet zu sein. Von diesem Ausbau würden vor allem Frauen profitieren, da sie nach wie vor den Großteil der sogenannten „unbezahlten Arbeit“ übernehmen. Dazu kommt, dass diese Investitionen Arbeitsplätze vor allem in jenen Branchen schaffen würden, in denen vorwiegend weibliche Beschäftigte arbeiten.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Stärkung und Ausbau des Angebots der Sozial- und Gesundheitssprengel
- Förderungen für (Aus-)Bau von sozialer Infrastruktur, wie z. B. Tages- und Kurzzeitpflege, Pflegewohnheimen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztageschulen, usw.
- Ausfinanzierung und langfristige Absicherung von Sozialvereinen. Aufstockung der Ressourcen für Einrichtungen, die seit Jahren am Limit arbeiten
- Armut bekämpfen und als Zwischenschritt die Ausweitung der Sozialmärkte auf ganz Tirol

6. Tirol muss Vorreiterrolle bei der Kinderbetreuung einnehmen

Familiensysteme leisten tagtäglich fast unglaubliches: Von der Kindererziehung und ersten Bildungsmaßnahmen, über Soforthilfe in Krisensituationen bis hin zur Pflege von Angehörigen wird praktisch jede Lebenssituation abgedeckt. Erst wenn das System „Familie“ nicht mehr funktioniert und die Gesellschaft in Form des Staates einspringen muss, wird deutlich, was funktionierende „Familien“ alles zu leisten imstande sind. Nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird – gerade für AlleinerzieherInnen – zum täglichen Balanceakt. Vielfach wird der Bereich „Familie“, gerade von der Politik, zu einem „reinen Frauenthema“ stilisiert. Es liegt jedoch an uns als Gesellschaft, wie wir den heutigen Herausforderungen begegnen und welche Lösungsansätze wir umsetzen wollen. Der ÖGB Tirol hat im Jahr 2018 ein umfassendes Positionspapier zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie erarbeitet und den politischen EntscheidungsträgerInnen übermittelt.

Der ÖGB Tirol fordert speziell im Bereich der Kinderbetreuung:

- Für Kinder muss eine ganzjährige, ganztägige und leistbare Betreuung zu Verfügung stehen, um somit eine ideale Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Diese soll einerseits durch die Elementarpädagogik und die Schule die Ausbildung der Kinder gewährleisten und andererseits zusätzlich die Betreuung durch Horte oder Tagesmütter/väter anbieten
- Erhöhung des Mindestpersonaleinsatzes in der Kinderbetreuung und eine entsprechende Finanzierung, um eine durchgehende pädagogische Arbeit mit Kindern auch in kleinen Gruppen gewährleisten zu können
- Ausbau der berufsbegleitenden Ausbildung im Bereich der Elementarpädagogik, um die Aufstockung des Personals rasch umsetzen zu können
- Forcierung von betriebsübergreifenden Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, z. B. in Gewerbegebieten. Bei der Widmung oder Erweiterung von Gewerbegebieten ist das verstärkt zu berücksichtigen

- Erfüllung des Versorgungsauftrags der Gemeinden. Dazu braucht es entsprechende Finanzmittel von Land und Bund

7. Gleichstellung für ein gutes Leben aller TirolerInnen

7.1. Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz

Frauen und Männer verharren (oft gezwungenermaßen) in ihren Geschlechterrollen. Diejenigen, die ausbrechen, haben es oft doppelt schwer. Als Beispiel seien hier Frauen in technischen Berufen genannt. Würden mehr Frauen in technischen Bereichen arbeiten – und umgekehrt mehr Männer in den klassisch weiblich besetzten Branchen – ist auf lange Sicht mit einem gesellschaftlichen Umdenken zu rechnen.

Gleichzeitig ist es auch wichtig, dass in Führungspositionen und Aufsichtsräten endlich eine Quote von 50 Prozent Frauenanteil erreicht wird, wovon das Land Tirol, trotz Festlegung im Koalitionsübereinkommen, meilenweit entfernt ist.

Weiters braucht es gezielte Fördermaßnahmen für Frauen (wie vom ÖGB bereits mehrfach vorgeschlagen), da diese öfter von Jobverlust in Folge von Krisen betroffen sind als Männer.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Ausbau und Weiterentwicklung von MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)- und FIT (Frauen in Technik)-Förderprogrammen seitens des Landes Tirol (niederschwelliges Gender-Programm an Tiroler Schulen)
- Geeignete Maßnahmen unter Einbindung der SozialpartnerInnen um das gesetzte Ziel von mindestens 50 Prozent Frauenanteil in Führungspositionen und Aufsichtsräten, speziell in Landes- und landesnahen Unternehmen, zu erreichen
- In den Bereichen abseits der Führungspositionen bzw. Aufsichtsräten soll von einer „Frauenquote“ abgegangen werden hin zu einer „Geschlechterquote“. So sollen z. B. Förderprogramme entwickelt werden, welche den Anteil von Männern in der Elementarpädagogik deutlich steigern

7.2. Maßnahmen für Gewaltprävention und Opferschutz

Jede fünfte Frau ist statistisch gesehen ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Das Problem der Gewalt ist größer geworden, die Schutzmechanismen für Frauen weniger und unwirksamer.

„Frauenhäuser“ dienen dem Schutz von Frauen und vielfach auch für deren Kinder vor gewaltsamen Übergriffen und sollten daher in allen Tiroler Bezirken zugänglich sein.

Der ÖGB Tirol fordert die Tiroler Landesregierung auf:

- Die im Rahmen des Tiroler Gleichstellungspaketes 2020-2023 beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention und des Gewaltschutzes prioritär und ressortübergreifend umzusetzen
- Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Mitteln mindestens 500.000 Euro jährlich, um Frauen besser zu schützen
- Bis zum Jahr 2023 in Kooperation mit Betreuungseinrichtungen für Frauen flächendeckend eine Anlaufstelle („Frauenhäuser“), in allen Tiroler Bezirken zu errichten

- Zur Entschärfung der Grundsituation muss die täterbezogene, präventive Arbeit massiv ausgebaut werden

7.3. Integration von Menschen mit Migrationsbiografie am Arbeitsplatz

Der Tiroler Arbeitsmarkt ist von Diversität geprägt – und er wird das auch in Zukunft sein. Denn die Zuwanderung stellt einen wichtigen Aspekt der heimischen Wirtschaft dar, ohne die gewisse Berufsfelder vor einem großen Arbeitskräftemangel stehen würden. Damit Menschen mit einer Migrationsbiografie nicht diskriminiert werden, müssen, um eine faire Anstellung zu gewährleisten, muttersprachliche Beratungsangebote ausgebaut werden. Zudem sind im Ausland erworbene Qualifikationen verstärkt anzurechnen. Und klar muss ein: Es gibt in Tirol keinen Platz für Diskriminierung jedweder Form, weswegen der ÖGB Tirol dafür eintritt, diese in jeglicher Form zu bekämpfen.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Das Land Tirol soll die Anerkennung von im Ausland erlangten Qualifikationen vereinfachen. Diese wäre vor allem in Bereichen hilfreich, in denen Personalmangel herrscht
- Als großer Dienstgeber soll das Land Tirol verstärkt auf die gesellschaftliche Zusammensetzung Rücksicht nehmen
- Das Land Tirol soll gezielt gegen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt vorgehen und zu diesem Zwecke eine Whistleblower-Plattform einrichten, bei der sich Betroffenen anonym melden können. Die Ergebnisse müssen den SozialpartnerInnen übermittelt werden

7.4. Steigerung der Inklusion des Tiroler Arbeitsmarktes

Gleiche Chancen für alle Menschen – das gilt auch bei Behinderungen oder andere Beeinträchtigungen. Menschen mit Behinderung sind ein Teil unserer Gesellschaft und als solches sieht es der ÖGB Tirol auch als seine Aufgabe, ihnen die Teilhabe am Arbeitsleben auch in vollem Ausmaß zu ermöglichen. Denn „Ein gutes Leben für Alle in Tirol“ soll auch wirklich für alle gelten.

Der ÖGB Tirol fordert vom Land Tirol:

- Die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen für chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung in landesnahen Betrieben
- Die Etablierung einer Stelle für Diversity Management für den gesamten Tiroler Arbeitsmarkt
- Die personelle Aufstockung des Sozialministeriumservice (Bundeskompetenz)

8. Jugendmaßnahmen sind Zukunftsmaßnahmen

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Umbruch, in dem wir uns als Gesellschaft befinden, bringt es auch für Jugendliche mit, dass sie einer herausfordernden Zeit entgegenblicken. Immer weniger Jugendliche entscheiden sich für eine Lehre, immer weniger mit Universitätsabschluss haben Aussichten auf eine gut bezahlte Arbeitsstelle. Um diesen düsteren Prognosen entgegenzuwirken, hat die Tiroler Gewerkschaftsjugend Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet.

8.1. Aufwertung der Lehre

Der ÖGB Tirol setzt sich seit Jahrzehnten für die Aufwertung der Lehre ein. Im Jahr 2017 hat der ÖGB Tirol ein umfassendes Positionspapier erarbeitet, im ÖGB-Landesvorstand einstimmig beschlossen und den politischen EntscheidungsträgerInnen übermittelt.

Daher fordert der ÖGB Tirol die Umsetzung der übermittelten Lösungsvorschläge aus dem Positionspapier zur „Aufwertung der Lehre“, die sich u.a. auf folgende wesentliche Themenschwerpunkte fokussieren:

- Berufs- und Bildungsorientierung ab der ersten Bildungsstufe
- 850 Euro Mindestlehrlingseinkommen im ersten Lehrjahr
- Leistbare Mobilitätskosten und Kostenübernahme des B-Führerscheins
- Mehr Lehrstellen in landesnahen und landeseigenen Einrichtungen
- Einrichtung eines eigenen und unabhängigen Jugend- und Lehrlingsinspektorats
- Probezeit für Lehrlinge auf einen Monat verkürzen
- Einrichtung einer Lehrlingsstelle als unabhängige und paritätisch besetzte Institution
- Verlagerung der Lehrabschlussprüfung in die Fachberufsschulen
- Freiwillige Zwischenprüfungen

8.2. Der Übergang zwischen Schule und Beruf

Im Dezember 2020 wiesen die offiziellen Zahlen des AMS Tirol die Jugendarbeitslosigkeit (Menschen unter 25 Jahren) als um 116,1 Prozent höher aus als im Vergleichszeitraum 2019. Auch wenn sich die Lage seither stabilisiert hat, ist gerade die Anzahl von Jugendlichen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, gestiegen. Ebenso gibt es im Jugendbereich deutlich mehr psychische Erkrankungen und Depressionen als vor Beginn der Corona-Krise; Hier muss gehandelt werden!

Um diesen komplexen Problematiken angemessen begegnen zu können, fordert der ÖGB Tirol ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Strukturen hinsichtlich des Bereiches Übergang Schule und Beruf.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Übergangsplanung: LehrerInnen, PädagogInnen und alle, die sich mit dem Kind oder dem/der Jugendliche/n in den Bildungseinrichtungen (ab dem Kindergarten) auseinandersetzen, sollen eine durchgängige Bildungsdokumentation verfassen
- Flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit an jeder Schule mit eigenen SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen
- Ausbau des kostenlosen Nachhilfeangebots wie zum Beispiel der AK-Sommerschule
- Lehrplan muss dahingehend angepasst werden, dass die Geschichte des politischen Systems in Österreich dargestellt und praxisnah vermittelt werden kann.
- Ausbau von Coachingangeboten (Jugend-, Bewerbungs-, und ein eigenes Lehrlingscoaching)
- Mehr niederschwellige Angebote, um Bildungsabschlüsse nachzuholen
- Bessere Ausstattung der Tiroler Schulen im Bereich der Digitalisierung

9. Ein gutes Leben heißt ein gesundes Leben

Österreich und Tirol können zu Recht stolz auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt sein. Trotz der für ArbeitnehmerInnen unerwünschten Reform der Sozialversicherungsträger und der kurz- und langfristigen negativen Auswirkungen auf die Versicherten, muss regional und überregional die Gesundheitsversorgung der ArbeitnehmerInnen gesichert werden.

“Ein gutes Leben für Alle in Tirol” bedeutet auch ein gesundes Leben für Alle in Tirol. Denn auch wenn die Lebenserwartung der TirolerInnen stetig steigt, so ist es doch wichtig, sich anzusehen, unter welchen Bedingungen die Lebensjahre steigen. Um die psychisch und physisch gesunden Lebensjahre zu steigern, braucht es Verbesserungen für die Tiroler ArbeitnehmerInnen, um die Gesundheitskompetenz sowie den Zugang zu Gesundheitsleistungen zu verbessern.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Die Sicherstellung der Versorgung durch VertragsärztInnen und Vertrags-FachärztInnen
- Einbindung der SozialpartnerInnen auf regionaler Ebene in sämtlichen Entscheidungsprozessen
- Realisierung der Primärversorgungszentren in zumindest allen Tiroler Bezirken
- Realisierung eines Case- und Caremanagements in zumindest allen Tiroler Bezirken
- Den Einsatz gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern und dem AMS Tirol für die Schaffung zentraler und dezentraler Anlaufstellen zur Prävention und Bewusstseinsbildung für nichtübertragbare Krankheiten (u.a. Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, chronische Atemwegserkrankungen und psychische Störungen)
- Die Erhöhung des Zuschusses für Psychotherapie seitens der Sozialversicherungsträger und mehr kassenfinanzierte Plätze für Psychotherapie
- Gerade Kinder und Jugendliche waren und sind durch die Pandemie besonders betroffen. Hier braucht es zielgerichtete Angebote, um den psychischen Auswirkungen begegnen zu können. Diese Angebote müssen sich aus ambulanter, stationärer oder niedergelassen Therapieeinrichtungen zusammensetzen und kostenlos sein

10. Pflege in Tirol

Im Laufe unseres Lebens ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit jede/r von uns auf die eine oder andere Weise mit dem Thema Pflege konfrontiert. Derzeit gilt die Familie als mit Abstand größte Pflegedienstleisterin – über 80 Prozent der Pflege werden zu Hause erbracht. Wichtige Säule ist selbstverständlich auch die Pflege in unterschiedlichen Einrichtungen, die als „Non-Profit-Dienstleisterin“ mobil oder stationär für adäquate Betreuung sorgt.

Gleichzeitig gilt Pflege als in Zukunft dominierendes Thema in unserem Land, Stichwort Personalmangel. ExpertInnen gehen von einem Mehrbedarf an Pflege- und Betreuungskräften von rund 76.000 Personen bis zum Jahr 2030 aus. Parallel dazu kommen immer mehr pflegende Angehörige und Pflegekräfte an ihre Belastungsgrenze – und darüber hinaus. Der ÖGB Tirol hat 2021 ein umfassendes Positionspapier für die Verbesserung im Bereich der Pflege an die politischen EntscheidungsträgerInnen übermittelt.

Der ÖGB Tirol fordert unter den vielen Punkten aus dem ÖGB-Positionspapier:

- Vollständige Umsetzung des Tiroler Pflegepaktums
- Mehr Personal
- Mehr Geld
- Mehr Freizeit

- Mehr Sicherheit und Unterstützung für die Betroffenen bzw. deren Angehörige
- Einfluss auf die Bundesgesetzgebung zu nehmen, z. B. leichter Zugang zur Schwerarbeitspension (ständiges Heben belastet den Bewegungsapparat)
- Anstellung der pflegenden Angehörigen über das Land Tirol (über der Geringfügigkeitsgrenze bis Vollzeit). Dabei ist sicherzustellen, dass die zu pflegende Person gut versorgt wird
- Einrichtung einer Tiroler Pflegeberatung zur Bedarfserhebung, Evaluierung der benötigten Unterstützung und Überblick über bereits bestehende Angebote zur Entlastung der pflegenden Angehörigen, um eine Über- oder Unterversorgung zu verhindern
- Vorsorge-Gespräche bei SeniorInnen ab 75 Jahren, um frühzeitig abzuklären, wie die Selbstständigkeit und Versorgung zu Hause ohne Qualitätsverluste möglichst lange gewährleistet werden kann
- Ausfinanzierung der Kurzzeitpflege: Es braucht Angebote, um pflegende Angehörige zu entlasten
- Die Möglichkeit, als pflegende/r Angehörige/r zu einem Selbstkostenbetrag von 50 Euro sich für zwei Wochen eine Auszeit pro Jahr nehmen zu können (wie z. B. bei den Erholungswochen der Caritas im Landhotel Jäger). In dieser Zeit wird ohne weitere Kosten eine Ersatz-Pflegekraft bereitgestellt

11. Mobilität zukunftsfit gestalten

Mehr als die Hälfte aller Tiroler Erwerbstätigen haben ihren Arbeitsplatz nicht in der Wohngemeinde. Je kleiner die Heimatgemeinde, umso höher ist der Anteil jener ArbeitnehmerInnen, die zu ihrem Arbeitsplatz auspendeln müssen. In großen Gemeinden mit über 20.000 EinwohnerInnen liegt der Anteil bei rund 54 Prozent, bei Gemeinden mit 200 bis unter 500 EinwohnerInnen liegt dieser Anteil bei bis zu 74 Prozent. Besonders im ländlichen Raum wird durch getrennte Arbeits- und Wohnorte das Arbeitspendeln unvermeidbar.

Um die Emissionen durch den Verkehr in Österreich zu senken, braucht es eine Reihe von Maßnahmen. Der öffentliche Verkehr muss in Tirol massiv ausgebaut werden, dabei ist besonders auf den Berufsverkehr Rücksicht zu nehmen. Weiters braucht es auch nachhaltige Lösungen für den Individualverkehr, denn nicht jede Strecke kann mit Bus oder Bahn absolviert werden. Zusätzlich ist die Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten wie Zugverbindungen, Radwegen, aber auch Straßennetzen in Tirol schon seit Längerem gegeben. Ein weiterer Punkt ist der zunehmende LKW-Transitverkehr. Im Schnitt passieren 2,5 Millionen LKWs jährlich den Brenner, Tendenz steigend. Trotz Ausweitung des sektoralen Fahrverbotes, des Euroklassenfahrverbotes und anderer Maßnahmen bessert sich die Lage nicht.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Ein qualitativ hochwertiges und vor allem leistbares öffentliches Verkehrsnetz
 - eine Preissenkung für BerufspendlerInnen und günstige VVT-Tarife für Kindergarten- und Schulgruppen
 - Ausbau innerösterreichischer Zugverbindungen von Osttirol direkt nach Wien und Innsbruck
 - Ausbau wichtiger Zugtrassen, wie z. B. die Bahntrasse Landeck-Mals
 - Zweigleisiger Ausbau der Schieneninfrastruktur im Tiroler Oberland
 - Nightliner müssen allgemein ausgebaut werden, wie z. B. im Pitztal
 - Ausbau von kostenlosen Park+Ride Möglichkeiten über die Gemeinden und der ÖBB
- Raumordnung und Verkehrsplanung müssen verstärkt aufeinander abgestimmt werden
- Überregionales Baustellenmanagement



- Regionales, öffentliches Carsharing-Netzwerk (gefördert durch das Land Tirol)
- Schulbusdienste der Gemeinden beziehungsweise die sogenannten „Dorftaxis“, wie sie z. B. in Thaur, Stams oder Telfs bestehen, weiterhin fördern
- Gemeinsam mit dem Gemeindeverband ein Konzept für flächendeckende E-Bike- und Fahrradabstellflächen zu erstellen
- Ausbau der Radinfrastruktur in Tirol zusätzlich zum Bund, in Summe ein Budget für Radwegsanierung und Neugestaltung in der Höhe von knapp 10 Millionen Euro sicherstellen
- Die Einrichtung einer Alpentransitbörse noch vor Eröffnung des Brennerbasistunnels, um bei Inbetriebnahme die jährlichen Fahrten auf 1 Million LKWs pro Jahr zu reduzieren. Es braucht Maßnahmen, damit LKWs nach Fertigstellung des für Tirol enorm wichtigen Brennerbasistunnels auf die Schiene wechseln
- Regionale LKW-Fahrverbote

12. Wohnen ist ein Menschenrecht

Die Wohnkosten in Tirol sind in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert. Die Lebenshaltungskosten sind in Tirol in Relation zu den Einkommen am höchsten - von der Politik wurden in den vergangenen Jahrzehnten zwar Versprechungen gemacht, allerdings kaum konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet. 2016 haben die Tiroler SozialpartnerInnen bereits Forderungen aufgestellt, die der Preisexplosion entgegenwirken sollen. Die Veränderungen diesbezüglich setzen auf mehreren Ebenen an, über allem steht jedoch das Ziel, dass Wohnen in Tirol leistbarer werden muss.

Der ÖGB Tirol fordert:

- Für den sozialen Wohnbau sollten bis zum Jahr 2027 in ganz Tirol pro Jahr zusätzliche 500 Wohnungen, zu den bereits geplanten Neubauten, mehr zur Verfügung stehen. Außerdem muss der Ankauf von Flächen für den sozialen Wohnbau forciert werden.
- Eine aktive Widmungspolitik der Gemeinden für den sozialen Wohnbau
- Einheitliche Regelungen in allen Tiroler Gemeinden für die Mietzins- und Annuitätenbeihilfe
- Zuschläge für die Errichtung von geförderten Wohnungen in strukturschwachen und peripheren Gemeinden sowie Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr
- Eine regelmäßige Evaluierung der Einkommenshöhe bei MieterInnen im sozialen Wohnbau zur Prüfung des Bedarfs
- Eine Ausweitung des Projektes „5-Euro-Wohnen“ auf alle 277 Tiroler Gemeinden und Förderung sowie Ausbau von innovativen Wohnkonzepten
- Die Förderung von verdichteten Bauweisen und Binnverdichtung (Aufstockungen um ein bis maximal zwei Geschoße, beziehungsweise Aufstockung bei Neubauten vorsehen)
- Die Forcierung des Baus von studentischem Wohnen, wie z. B. den in Innsbruck, um den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen. Auch bei den anderen Hochschulen in Tirol sollen Planungen für campusnahes Wohnen angestellt werden

13. Krisenvorsorge für Tirol

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise 2020 und den darauffolgenden Lockdowns erlebt der Tiroler Arbeitsmarkt einen regelrechten Schockzustand. Durch kurzfristiges und kompetentes

Einwirken der Tiroler SozialpartnerInnen konnten für Tirol gute Lösungen gefunden werden und der Arbeitsmarkt hat sich inzwischen stabilisiert. Da auch in Zukunft Umwelt-, Finanz- oder Gesundheitskrisen nicht auszuschließen sind, benötigt es schon jetzt die Vorbereitung von Maßnahmen auf den Ernstfall. Im Landesbudget müssen die mehr finanziellen Mittel für Krisenfälle rückgestellt werden. Besonders die Situation der ArbeitnehmerInnen, die von finanziellen Einschränkungen oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, muss dabei in den Fokus rücken.

Der ÖGB Tirol fordert für Krisenfälle:

- Das Land Tirol muss abseits von finanziellen Mitteln für UnternehmerInnen auch einen Krisenfonds für ArbeitnehmerInnen bereitstellen
- Beratung im Bereich der Kurzarbeit im Ernstfall mit den Tiroler SozialpartnerInnen
- Schulschließungen durch Präventionsmaßnahmen vorbeugen
- Drittel-Zuschuss zum Arbeitslosengeld durch Aufzahlung des Landes, damit Konjunktur nicht einbricht, sofern der Bund nicht tätig wird
- Konjunkturspritze durch Tirol-Scheck für unselbstständig Beschäftigte, MindestsicherungsbezieherInnen, Arbeitslose und in Karenz befindlichen Personen nach einer sozialen Staffelung nach den geltenden Steuerklassen in der Höhe von bis zu 500 Euro steuerfrei. Dieser Tirol-Scheck muss beim Land Tirol beantragt werden, ist bei niedrigen Einkommen höher als bei hohen, mindestens jedoch 100 Euro wert. Der Tirol-Scheck ist als Gutschein ausnahmslos bei Tiroler Betrieben einzulösen und stärkt somit die regionale Wirtschaft. Ein Kauf von Gutscheinen bei Unternehmen soll ausgeschlossen sein
- Evaluierung der gesundheitspolitischen Maßnahmen in Krisenzeiten. Krisen verschärfen den schlechten Gesundheitszustand vieler Menschen, sowohl physisch als auch psychisch. Daher muss die Tiroler Landespolitik unter Einbeziehen von ExpertInnen die gesundheitspolitischen Maßnahmen stetig evaluieren und anpassen und die Erkenntnisse in die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in Tirol miteinbeziehen
- Die Sicherstellung der Stromversorgung durch präventive Maßnahmen